

POLITIK

KOMPAKT

GROSSBRITANNIEN

Auslieferungsprozess gegen Assange gestartet
Wikileaks-Gründer Julian Assange wehrt sich weiter gegen seine Auslieferung nach Schweden. Der 39 Jahre alte Australier erschien mit seinen Anwälten vor einem Londoner Gericht. Es will bis zum heutigen Dienstag entscheiden, ob einem Auslieferungsantrag der schwedischen Justiz stattgegeben wird. Assanges Anwalt Geoffrey Robertson sagte, seinem Mandanten drohe ein unfairer Prozess in Schweden. Außerdem bestehe die Gefahr, dass Assange in die USA überstellt werde, wo er wegen Veröffentlichung geheimer Regierungsdokumente zum Tode verurteilt werden könnte. Assange lebt unter Auflagen bei einem Freund in Großbritannien. Die schwedische Justiz wirft ihm Sexualdelikte vor, die Assange bestreitet.

PORTUGAL

U-Bahn-Streik leitet Proteste gegen Sparpläne ein
Mit einem sechsstündigen U-Bahn-Streik haben Bedienstete des öffentlichen Nahverkehrs in Lissabon eine Woche der Proteste eingeleitet. Damit wenden sich die Gewerkschaften gegen Sparmaßnahmen, mit denen die portugiesische Regierung die Schuldenkrise in den Griff bekommen will. Sämtliche U-Bahn-Linien der Hauptstadt waren während des Berufsverkehrs lahmgelegt. Weitere Streiks im Nahverkehr sind angekündigt. Die Minderheitsregierung von Ministerpräsident José Sócrates will Gehälter und Sozialleistungen kürzen und Steuern erhöhen.

TUNESIEN

Ministerpräsident bittet um Finanzhilfe aus dem Ausland
Tunesien braucht nach den wochenlangen Unruhen, dem Sturz von Präsident Zine al-Abidine Ben Ali und den damit verbundenen wirtschaftlichen Verlusten Finanzhilfe. „Um das tunesische Experiment zu schützen“, seien Hilfszahlungen aus dem Ausland und Investitionen nötig, sagte Ministerpräsident Mohammed Ghannouchi. Unterdessen wurden alle Aktivitäten der ehemaligen Regierungspartei RCD untersagt. Damit sollte ein Zusammenbruch der Sicherheit verhindert werden, hieß es in Kreisen des Innenministeriums in Tunis. Zuletzt hatte es gewaltsame Zwischenfälle gegeben, die als Verschwörung von Anhängern des Ex-Präsidenten Ben Alis gewertet wurden.

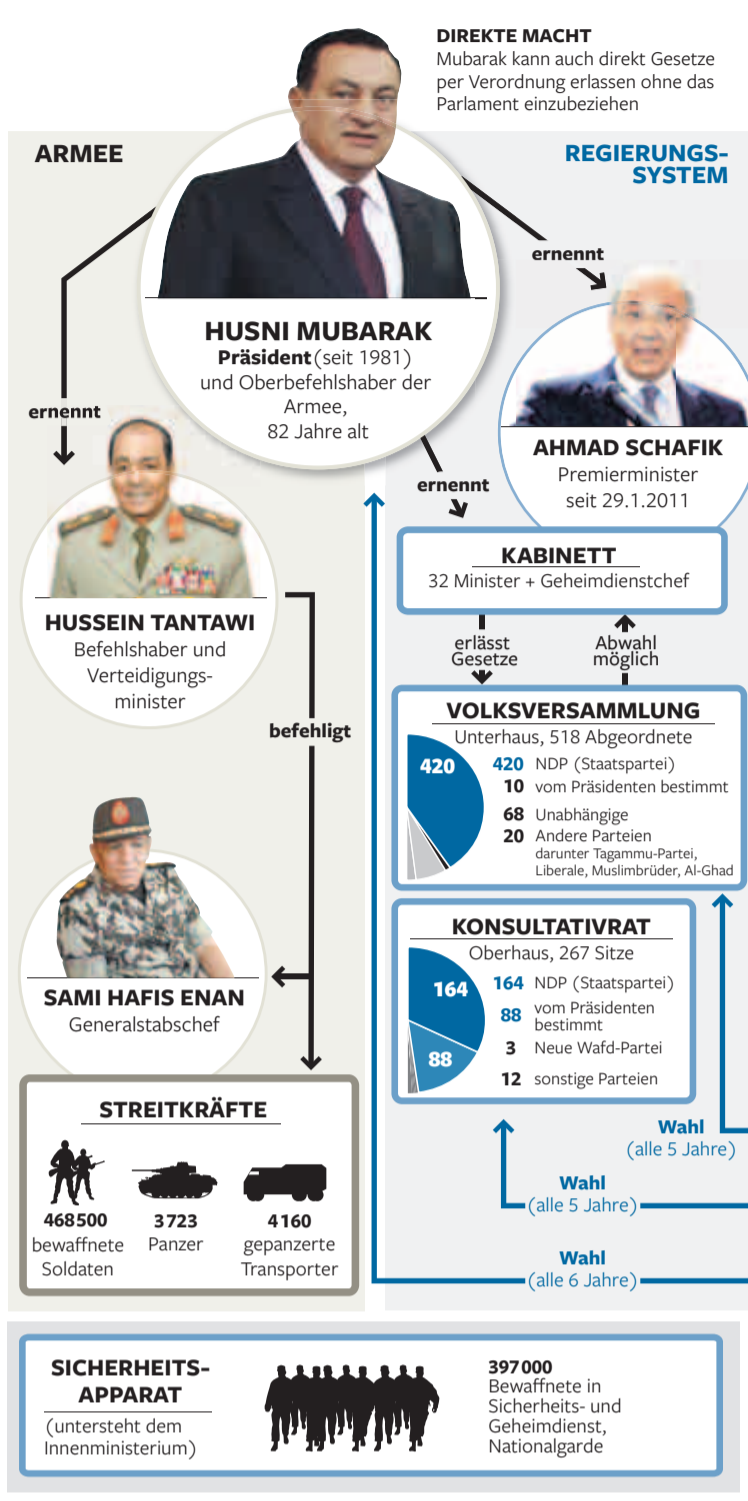
DAS PORTRÄT



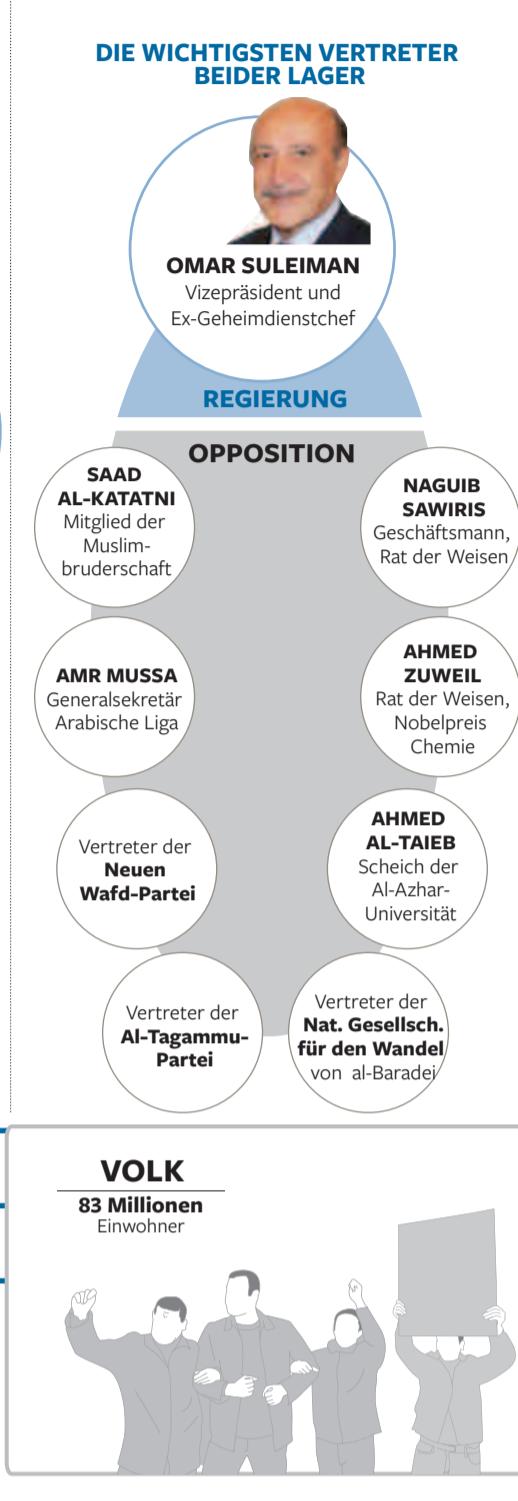
Hat er den Hut auf?

Wie sehr man bei Nachrichten aus Nordkorea im Trüben fischt, zeigen die Spekulationen rund um die Kopfbedeckungen seiner Machtelite. Wie hoch steht der Sohn des „geliebten Führers“ Kim Jong-il in der Hierarchie des Landes? Das ist eine heftig umstrittene Fachfrage. Nun gibt es einen neuen Hinweis über die Stellung des designierten Nachfolgers **Kim Jong-un**: Der Junge muss wohl gerade wieder eine Stufe höher geklettert sein, meint ein Regierungsbeamter aus Südkorea, denn er darf jetzt offenbar schon dieselbe Mütze tragen wie Papa. Das winterliche Markenzeichen des kleinwüchsigen Staatschefs: eine voluminöse Fellmütze im russischen Stil. Ein Überläufer aus dem Norden erklärt: „Der Hut wurde von einem ausländischen Fachmann aus Otterfell der besten Qualität maßgefertigt. Es ist ein ungeschriebenes Gesetz, dass niemand anderes so einen Hut tragen darf. Wenn Kim Jong-un nun so ein Exemplar aufsetzt, bedeutet das, dass er fast denselben Status besitzt wie sein Vater.“ Während Kim senior sein gutes Stück schon seit Oktober auf den Locken trug, wurde sein Sohn am 16. Dezember zum ersten Mal damit gesehen. Für Beobachter steht daher fest: Kim Jong-un ist seitdem als Erbe etabliert. Die Zeit der Konsolidierung sei vorüber. Kein Zweifel. Zwar wurden auch schon enge Vertraute des „geliebten Führers“ mit ähnlichen Mützen gesichtet, doch, so die Quelle in Seoul, „wenn Sie genauer hinschauen, werden Sie bemerken, dass es sich dabei um industrielle Produkte von weit geringerer Qualität handelt“. som

DAS POLITISCHE SYSTEM IN ÄGYPTEN



VERHANDLUNGEN



DIE POLITISCHEN KRÄFTE

REGIERUNGSLAGER
Nationaldemokratische Partei (NDP)
Mitgliederzahl: 2,5 Mio.
Vorsitzender: Husni Mubarak
Die Staatspartei wurde Ende Januar aus der Sozialistischen Internationalen ausgeschlossen, der auch die SPD angehört.

OPPOSITION
PARLAMENTSPARTEIEN
Neue Wafd-Partei (national-liberal)
Mitgliederzahl: unbekannt
Vorsitzender: Unternehmer Said al-Badawi
Wurde bisweilen als 'loyale Opposition' bezeichnet, weil sie sich angeblich ihre Sitze von der NDP zuteilen ließ.
Einstellung zu Protesten: **nimmt teil**

Al-Tagammu-Partei („Einigungspartei“), links
Mitgliederzahl: unbekannt
In den 70er-Jahren ebenfalls von Regimemitgliedern gegründet. Setzte meist auf kooperative Opposition.
Einstellung zu Protesten: **äußert sich positiv dazu**

Muslimbrüder (Islamisten)
Mitgliederzahl: unbekannt
Führer: Veterinärmediziner Mohammed Badie
Offiziell verboten. Terrorkontakte, großes Wohltätigkeitssystem. Ihr nahestehende Kandidaten erhielten bei der Wahl 2005 etwa 20 % der Sitze, danach massiv verfolgt.
Einstellung zu Protesten: **bisher abwartend**

Al-Ghad-Partei („Partei von morgen“ - liberal)
Mitgliederzahl: unbekannt
Vorsitzender: Jurist Aiman Nur
Nur wurde bei der Präsidentenwahl 2005 Zweiter mit 7,6 Prozent. Danach inhaftiert.
Einstellung zu Protesten: **Teil von Baradeis Bündnis und wichtiger Träger der Proteste**

AUSSER-PARLAMENTARISCHE OPPOSITION
Nationale Gesellschaft für den Wandel
Frontmann: Ex-IAEA-Chef Mohammed al-Baradei (Foto) Bündnis verschiedener Parteien und Gruppen. 2010 gegründet bei einem Treffen von Oppositionellen im Haus des Friedensnobelpreisträger 2005 Mohammed al-Baradei.
Kefaya („Genug“)
2004 von etwa 300 Intellektuellen gegründet. Fordert Ende der faktischen Einpartei- und Alleinherrschaft. Brutal verfolgt. **Gründungspartner** von Baradeis Nationaler Gesellschaft für den Wandel.
6.-April-Jugend
Ging aus einer Facebook-Solidaritätsaktion mit protestierenden Arbeitern 2008 hervor. Organisierte Flashmobs und andere online-gestützte Proteste. Brutal verfolgt. **Partner von Baradei**

Die Jugend bleibt kompromisslos

Ägyptens Regierung verhandelt mit der Opposition. Aber die Jungen sitzen nicht am Tisch

aber am Runden Tisch. Die jüngsten Parteien des Landes sind die Al-Ghad-Partei und die Demokratische-Front-Partei. Sie hatten die Parlamentswahlen im Herbst 2010 boykottiert. Beide Parteien haben die Proteste unterstützt und sind Teil der Koalition des Nationalen Zusammenschlusses für den Wandel (NAC), die der ehemalige Chef der Atomenergiebehörde IAEA, Mohammed al-Baradei, ins Leben gerufen hat. In dieser losen Koalition haben sich auch Mitglieder der Kefaja-Bewegung, der Ägyptischen Bewegung für den Demokratischen Wandel sowie Mitglieder der Muslimbruderschaft vereint.

Mohammed al-Baradei selber steht den Verhandlungen skeptisch gegenüber. „Der ganze Prozess ist unklar. Niemand weiß, wer mit wem spricht zu diesem Zeitpunkt. Es wird alles von Vizepräsident Suleiman und dem Militär gelenkt, und das ist Teil des Problems“, sagte al-Baradei dem Fernsehsender NBC.

Die Muslimbruderschaft, die zwar offiziell verboten ist, war noch bis vergangenes Jahr mit 88 Kandidaten (die als Unabhängige antraten) im Parlament vertreten. Trotz des offiziellen Verbots ist die Muslimbruderschaft die größte und am besten organisierte Oppositionsbewegung, doch wie stark sie in der jetzigen Protestbewegung vertreten war, ist unklar. Sicher ist, dass sie sich erst spät den Protesten anschloss.

„Es gibt bei den Verhandlungen keinen Vertreter der Jugendbewegung vom Tahrir-Platz, weil sie sich weigern, an diesen Treffen teilzunehmen“, kritisiert Ahmed Maher, federführendes Mitglied der 6. April-Bewegung. Diese Jugendbewegung entstand 2008 als Facebook-Gruppe, die zur Unterstützung streikender Arbeiter zu einem Generalstreik für den 6. April 2008 aufgerufen hatte. Innerhalb kürzester Zeit hatte die Seite 70 000 Mitglieder.

Die 6. April-Bewegung ist gemeinsam mit anderen Jugendbewegungen der Motor der andauernden Proteste. Sie haben sich unter dem Namen „Koalition des wütenden Jugendaufstands“ zusammengeschlossen und sind nicht bereit, ihre Proteste am Tahrir-Platz und anderswo im Land aufzugeben, bis die Regierung ihre Hauptforderung umgesetzt hat. „Alle Jugendorganisationen sind vereint in ihrer Haltung: keine Verhandlungen bis Mubarak geht“, sagt Ahmed Maher.

Auch vom neu gegründeten Rat der Weisen fühlen sich die Jugendlichen nicht vertreten. Denn diese Gruppe von prominenten ägyptischen Persönlichkeiten besteht nicht auf Mubaraks sofortigem Rücktritt. Einige der Punkte, die der Rat der Weisen für sofort umsetzbar hält, sind die Aufhebung der Notstandsgesetze und die Bildung eines Komitees, das die nötigen Verfassungsänderungen durchführen soll, sowie die sofortige Freilassung

von politischen Gefangenen und freie Wahlen unter richterlicher Aufsicht. Nagib Sawiris, prominentes Mitglied im Rat der Weisen, sagte im Fernsehen, dass einige der Forderungen der Jugendlichen und des neu formierten Rats Zeit benötigten. Die Regierung hat sich nur auf ein Teilergebnis im Fall der Notstandsgesetze eingelassen. Die sollen erst dann aufgehoben werden, wenn die Sicherheit im Land gewährleistet ist.

Für die Demonstranten auf dem Tahrir-Platz muss dieser Satz wie blanker Hohn klingen, wird doch die Sicherheits-situation seit fast 30 Jahren als Vorwand für die weiterhin in Kraft bleibenden Notstandsgesetze angeführt. Nur in einer Sache sind sich Regierung, Opposition, Rat der Weisen und Jugendbewegung einig: Sie alle wollen keine Einflussnahme des Westens in die inneren Angelegenheiten Ägyptens.

Berichte Seiten 9 und 21

Streit um Weltkulturerbe löst Grenzkrieg aus

Kambodscha und Thailand beanspruchen Hindu-Tempel aus dem 11. Jahrhundert und bitten UN um Vermittlung

■ Doch es geht in dem Konflikt eher um innenpolitische Machtkämpfe, Ehre und Nationalgefühl

SOPHIE MÜHLMANN

Der Appell von Ban Ki-moon war deutlich, doch er verfehlte seine Wirkung. Der UN-Generalsekretär forderte das sofortige Ende der Kämpfe zwischen Thailand und Kambodscha. Doch die beiden Länder zogen es vor, auch den fünften Tag in Folge im Grenzgebiet um einen jahrhundertalten Tempel zu kämpfen.

Kambodschas Ministerpräsident Hun Sen forderte eine Krisensitzung des Weltsicherheitsrates sowie die Entsendung von UN-Soldaten. Er warf Thailand vor, die Kämpfe provoziert zu haben. Thailands Regierungschef Abhisit Vejjajiva gab wiederum Kambodscha die Schuld an der Eskalation und pochte in einem Brief an den UN-Sicherheitsrat auf das Recht seines Landes zur Selbstverteidigung. Mindestens fünf Menschen kamen bei den Kämpfen bisher ums Leben. Rund 15 000 Menschen sind im Grenzgebiet auf der Flucht.

Thailands Armeesprecher Sansern Kawekamerd machte das kambodschanische Militär für die Eskalation verantwortlich. Er erklärte, das Nachbarland habe die Kämpfe mit Artilleriefeuer, Raketen und Kugelregen über die Grenze hinweg begonnen. Von einem Krieg wollte er aber nicht sprechen.

Kambodschas Premier erklärte, nur eine UN-kontrollierte Pufferzone könne den Kämpfen ein Ende setzen. In einem Brief an den UN-Sicherheitsrat verlangte er eine Sondersitzung. Aber auch Thailand wandte sich inzwischen an das Gremium: Das thailändische Außenministerium protestierte öffentlich gegen „wiederholte und unprovokierte Angriffe kambodschanischer Soldaten“.

Der Streit um den ehrwürdigen Preah-Vihear-Tempel ist mehr als 100 Jahre alt. Die Grundmauern der Kultstätte, die sich auf einer 525 Meter hohen Klippe im Dangrek-Gebirge rund 245 Kilometer nördlich der kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh und rund 450 Kilometer nordöstlich von Bangkok befindet, stammen aus dem 9. Jahrhundert. Sie wurde im 11. Jahrhundert zum Tempel ausgebaut und gehört seit drei Jahren zum Unesco-Weltkulturerbe. Der Prachtbau wurde offenbar schon teilweise durch Einschüsse zerstört. Ein Flügel des

historischen Bauwerkes, so behaupten die Kambodschaner und berufen sich auf ihre Soldaten, sei eingestürzt.

Der Preah-Vihear-Tempel ist dem Hindu-Gott Schiwa gewidmet. Er wurde fertiggestellt, als das Imperium der Khmer (9. bis 15. Jahrhundert) in voller Blüte stand. Preah Vihear war von den gleichen Königen in Auftrag gegeben worden, die auch die weltberühmte Tempelanlage von Angkor Wat erbauen ließen. Vor ei-



Ein kambodschanischer Soldat bewacht den Eingang zum Preah Vihear Tempel

nem Jahrhundert, auf alten Karten der französischen Kolonialherren, gehörte der Preah-Vihear-Tempel zum kambodschanischen Territorium – ebenso wie auf Landkarten des siamesischen Königreiches (dem heutigen Thailand). Doch kurz darauf wurde die Korrektheit dieser Karten von den Thailändern angezweifelt. 1962 allerdings sprach auch der Internationale Gerichtshof in Den Haag das Gebäude den Kambodschanern zu. Das umliegende Land aber war nicht Teil der Entscheidung, und so beanspruchte Thailand den Großteil des Gebietes für sich. So blieb Kambodscha nur ein schmaler Zugang zu dem Tempel, der einen steilen Hügel hinaufführt.

Eine absurde Lösung, die den Territorialstreit nicht beenden konnte. 2001 blockierten thailändische Soldaten mehr als ein Jahr lang den Zugang zu der heiligen Stätte. Im Juli 2008 stiegen die Spannungen, nachdem es Kambodscha gelungen war, den Tempel auf die Liste des Weltkulturerbes der Vereinten Nationen zu bringen. Im April 2009 lieferten sich Soldaten beider Seiten zum ersten Mal Feuergefechte. Damals waren nach thailändischen Informationen zwei ihrer Soldaten getötet und sieben verletzt worden.

Die Kämpfe brachen nun nach einem Urteil eines kambodschanischen Gericht-

tes gegen zwei Thailänder wieder aus. Die beiden Angehörigen der nationalistischen Bewegung waren Anfang des Monats wegen Spionage zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden. Sie hatten im Dezember mit fünf weiteren Politikern und Aktivisten in dem umstrittenen Gebiet illegal die Grenze überquert.

In all den Jahren haben sich die Gefechte in dem umstrittenen Gebiet nie ausgeweitet. Hinter verschlossenen Türen, so Experten, verhandeln die beiden Armeen auch jetzt einen dauerhaften Waffenstillstand. Doch das könnte sich bald ändern, denn auf beiden Seiten gibt es Kräfte, die Öl ins Feuer gießen. In Bangkok protestieren seit zwei Wochen schon Nationalisten der regierungsnahen Volksallianz für Demokratie gegen die „Ungerechtigkeit“.

Diese sogenannten Gelbhemden spielen die nationalistische Karte und fordern ihren Premierminister Abhisit dazu auf, härter gegen die „Kambodschaner, die thailändisches Territorium besetzen“, durchzugreifen. Abhisit hatte zwar versichert, seine Armee werde nicht in das Nachbarland einmarschieren, und er strebe eine friedliche Lösung an. Allerdings, so hatte er warnend hinzugefügt, „wenn unsere Souveränität verletzt wird, müssen wir sie letztendlich beschützen“.